



Ausgabe 3/2009

5. Mai 2009

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Grenzwertige Bilanz der Maifeiern

München - (gdp) Mehr als zwiespältig müssen die diesjährigen Maifeiern im Rückblick bewertet werden. So war es einerseits ein Erfolg für die Gewerkschaften, dass sich nach Aussagen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 50 Prozent mehr Teilnehmer an den Mai-



feiern einfanden als noch 2008. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass die Gewaltbereitschaft, vor allem gegen die Polizei beinahe dramatisch angestiegen ist.

Nach einer Umfrage des DGB beteiligten sich knapp 100.000 Teilnehmer in ganz Bayern an verschiedensten Veranstaltungen der Gewerkschaften. Der DGB-Vorsitzende von Bayern, Fritz Schösser, wertete die Maiveranstaltungen als starken Rückhalt für die Gewerkschaften: „Die Menschen haben Sorge um ihren Arbeitsplatz und sind tief verunsichert, wie die Finanzkrise sich auf ihr ganz persönliches

Umfeld auswirken wird. Arbeitnehmer, Familien und Rentner sind aber auch zutiefst erbost über Exzesse in der Finanzbranche, über entfesselte Profitgier von Managern und Banken. Sie fordern einen handlungsfähigen Staat, der reguliert, eingreift und Exzesse verhindert. Sie fordern eine Gesellschaft des sozialen Ausgleichs. Die Menschen wissen, dass sie mit diesen Forderungen bei den Gewerkschaften am 1. Mai und darüber hinaus gut aufgehoben sind.“

Im restlichen Bundesgebiet trug die Bilanz des 1. Mai jedoch eine massive Schattenseite: zahllose verletzte Polizistinnen und Polizisten zeichnen ein trauriges Abbild der momentanen Gesellschaft. Ob in Berlin oder Hamburg, Ulm oder Dortmund, die Gewalt gegenüber der Polizei scheint sich immer weiter zu bagatellisieren. Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg meinte dazu: „Die Menschenverachtung und Brutalität, mit der die Gewalttäter zugeschlagen haben, zeigt, dass wir der Verrohung der Gesellschaft in den Tagen um den 1. Mai ein gutes Stück näher gekommen sind. Das lässt für die Zukunft noch schlimmes befürchten.“

In Berlin gab es allein in einer Bereitschaftspolizeiabteilung 120 verletzte Beamtinnen und Beamte. Insgesamt wurden in Berlin 273 Kolleginnen und Kollegen sowie 136 Bürger zum Teil schwer verletzt. GdP-Vertreter vor Ort schilderten brutale Szenen, als der Mob Polizeibeamte mit Molotow-

cocktails, Gehwegplatten und Pflastersteinen angegriffen habe. Zum Teil musste man den Tätern schon Mordabsicht unterstellen, egal, ob die Angriffe nun aus dem linksautonomen Block oder aus der Neonazi-Szene kamen. GdP-Vorsitzender Freiberg forderte die Politik auf, umgehend geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Gewalt gegen Polizisten einzudämmen. Die GdP wird ganz genau verfolgen, wie die Politik mit ihrem stärksten Pferd in Zukunft umgeht.



V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/5783388-50
Telefax: 089/5783388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München

www.polizeifeste.de
Alle Polizeien der GdP auf einen Blick

POLIZEI DEIN PARTNER

Festabend für Polizei und Bürger

„Polizei-Dein Partner“

extra music
Offizielle Sommerband
des Bayerischen Rundfunks

Dolfs Company – Doc Shredder
Artistik & Comedy

1. Formations Club Fürth e.V.
Tanzprogramm

Tombola
mit Conference Jürgen Kristen
Attraktive Preise

16. Mai 2009
20.00 Uhr
Einlass 19.00 Uhr
Paul-Metz-Halle Zirndorf

ERHEBUNGSPREIS: 12,00 €
Kartenverkauf:
in Form, Dienststelle
Kartenstelle: 16.30 Uhr, 17.00 Uhr
Telefon: 08 9 1 7 9 9 9 - 225 oder 0 1 7 0 5 0 4 9 1 4

ORGANISATOR:
Gewerkschaft der Polizei
Brennstraße 17, 80686 München



LPP Kindler im Landtagsausschuss Öffentlicher Dienst zur Personalsituation

München - (gdp) Am 04.05.09 berichtete Herr LPP Kindler im o.g. LT-Ausschuss zur Personalsituation bei der Bayerischen Polizei – und das tatsächlich sehr offen unter Benennung der von seiten der GdP der Politik immer wieder vorgehaltenen Probleme. Alle Planstellen sind zwar besetzt, doch durch das Fehl infolge der nicht etatisierten Sondereinheiten und –aufgaben liegt das Ist regelmäßig von minus 1,7 % bei der am besten ausgestatteten Inspektion in München bis zu minus 12 % im Bereich des PP OB Süd, auch Schwaben Nord und Unterfranken sind mit minus 10 % belastet. Am Beispiel Unterfranken berichtete Kindler von einem Fehl von 230 Stellen bei einem Soll von 2.302, wobei eben 170 Beamte infolge anderweitiger Verwendung bei ihrer Heimatdienststelle fehlen. Erschwerend kommt neben der wahnsinnig gestiegenen Einsatzbelastung infolge der vielen Demo- und Fußball-Einsätze, des geänderten Freizeitverhaltens und der aufgehobenen Sperrstunde hinzu, dass inzwischen bayernweit durchschnittlich 5 % der Kollegen/-innen nur noch eingeschränkt dienstfähig sind, Tendenz steigend und in manchen Bereichen doppelt so hoch. Neben des Bevölkerungszuwachses in Bayern seien z.B. die Einsatzstunden wegen Fußball (dritte Bundesliga, Regionalliga) und des Demogeschehens alleine in 2008 um 60 % gestiegen. Das Ministerium betrachtet auch die Überalterung in den nächsten Jahren mit Sorge, so sei derzeit das Durchschnittsalter bayernweit gesehen mit 42,2 Jahren durchaus im Rahmen, doch punktuell extrem hoch, so dass auch 55jährige Kollegen weiterhin im belastenden Schichtdienst bleiben müssen. Dazu kommt, dass die personelle Situation zumindest bis 2011 eher noch schlechter werde, da bis dahin mehr

Ruhestandsabgänge erfolgen als Zuteilung durch die Bereitschaftspolizei. Gingen 2008 bereits 555 Kollegen in den Ruhestand, so betrug die Zuteilung nur 480, 2010 gehen 620 Kollegen und nur 400 kommen auf den Dienststellen an. Infolge der nun bewilligten 1.000 zusätzlichen Stellen drehe sich das Verhältnis 2011 zwar geringfügig auf 650 Abgänge und 750 Zuteilungen, 2013 seien es 900 Zuteilungen bei 740 Abgängen, doch bereits für die Zeit ab 2014 müsse erneut gegengesteuert werden, so gingen 2016 bereits 1.082 Kollegen und es kommen nur 740 nach. Daher forderte Kindler – übrigens in Übereinstimmung mit der GdP - für die nächsten beiden Doppelhaushalte jeweils nochmals 1.000 Stellen, die zumindest als kw-Stellen für die Dauer der Ausbildung bewilligt werden müssten. Bis dahin müsse man sich mit punktueller Optimierung von Arbeitsabläufen, Prioritätensetzung und gegenseitiger Nachbarschaftshilfe über die schwierige Zeit retten, Priorität bleibe die Aufrechterhaltung des Wechselschichtdienstes.

Überhaupt sprach LPP Kindler sehr deutlich die miese Stimmung in Bayerns Polizei an. Neben der hohen Belastung gerade des Schichtdienstes sowie der Einsatzeinheiten ist der Beförderungsstau und vor allem die **42-Stundenwoche** das Problem; bei deren Einführung sei die Stimmung total gekippt, so Kindler. Für die Schichtler sind 11 freie Tage dadurch weggefallen, die gerade auch vor dem Gesichtspunkt hoher Belastung und steigender Überalterung als zusätzliche Regenerationsphasen wichtig wären. Auch müsse die Attraktivität des Schichtdienstes gesteigert werden, zumindest der DUZ für den Nachtdienst müsse auf mindestens 3 € gehoben werden, wobei 5 € wünschenswert wären.

Alle Landtagsfraktionen dankten den bayerischen Polizeibeamten für die trotz aller Widrigkeiten gezeigte hohe Motivation sowie den Einsatz. Im Ausschuss bestand auch Einigkeit, dass beim DUZ eine Erhöhung dringend notwendig ist und im Hinblick auf den „Pensionistenberg“ mit zusätzlichen Stellen reagiert werden muss. Stefan Schuster von der SPD erinnerte daran, dass bereits Edmund Stoiber als Innenminister gefordert habe, den DGL mit A 12 zu bewerten, weshalb also auch bei den Stellenhebungen noch weitere Verbesserungen notwendig sind. Gerade das offene Stimmungsbild hinsichtlich der Einführung der **42-Stundenwoche** für die Beamten zeige, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Leider verpuffte dieser Appell erfolglos, denn mit den Stimmen der Regierungsmehrheit wurde ein entsprechender Antrag der SPD, zum Einstieg in die **Rücknahme der 42-Stundenwoche** diese für den Schichtdienst abzuschaffen, in dieser Sitzung niedergeschmettert.

Harald Schneider forderte die Etatisierung aller bislang nicht etatisierten Stellen und die **Rücknahme der 42-Stundenwoche**, wobei er sich eindeutig gegen Lebensarbeitszeitkonten aussprach. Dem Kollegen im hoch belastenden Schichtdienst bringe es absolut nichts, wenn er dann auf seinem Konto Stunden gutgeschrieben bekommt. „Das bringt hinsichtlich Regeneration gar nichts“, so Schneider.

Hinsichtlich der 42-Stundenwoche sollen jedoch Lösungen erarbeitet werden – und zwar ressortabhängig, so dass sich aus Sicht der GdP hier doch Verhandlungsmöglichkeiten ergeben könnten. Allen Teilnehmern war klar, dass die Attraktivität des Polizeiberufs erhalten bleiben muss, derzeit kommen noch sechs Bewerber auf eine freie Stelle. (PSch)



Spitzengespräch Staatskanzlei/DGB



München - (gdp) Am 23.04.09 fand ein Spitzengespräch des DGB in der Staatskanzlei mit StM Schneider statt, in dem die GdP durch Stv. Landesvorsitzenden

Peter Schall vertreten wurde. Ganz aktuell war ein Gesprächsthema die 42-Stundenwoche. Entgegen der an diesem Tag verbreiteten Presseberichte hatte das Kabinett am Vortag jedoch keine Rückkehr zur 40-Stundenwoche beschlossen, sondern lediglich das StMF beauftragt,

mögliche Modelle mit Lebens- oder Jahresarbeitszeitkonten durchzurechnen und dies möglichst noch vor der Europawahl. Die DGB-Gewerkschaften sind sich einig, dass keine Luftnummern die Beamten befrieden, sondern nur eine echte Rücknahme der Arbeitszeit. Immerhin sei es dem Widerstand der Gewerkschaften zu verdanken, dass nicht die Tarifbeschäftigten auf 42 Stunden an die Beamten angeglichen wurden, sondern nun die Beamten wieder an die Tarifkollegen angeglichen werden sollen, so der Minister.

Weitere Besprechungspunkte waren die EDV-Programme ELDORA und VIVA-Pro, die in der gesamten Staatsverwaltung

eingeführt werden sollen. Während es beim Programm ELDORA um die Vorgangsverwaltung und -bearbeitung geht, betrifft VIVA-Pro den sensiblen Bereich der Beschäftigtendaten. Entgegen den Absichten des Ministerrats ist hier in den Ressorts durch Beteiligung der jeweiligen Personalvertretung hinsichtlich des sog. Rollenkonzepts (Wer hat Lese- und Schreibrecht) und der möglichen Auswertungen eine Dienstvereinbarung notwendig, so die einhellige Meinung der DGB-Gewerkschaften. Gerade vor dem Hintergrund der Datenskandale in der freien Wirtschaft sollte hier der Freistaat Bayern mit gutem Beispiel vorangehen, so DGB-Chef Fritz Schösser. (PSch)

Bezirksgruppentag der BG Oberfranken

50 oberfränkische Delegierte, sowie 30 Gäste aus der Politik, der Polizeiführung und Vertreter der bayerischen GdP-Bezirksgruppen spürten, dass sich die GdP-Bezirksgruppe Oberfranken im Aufwind befindet. Zum XV. Bezirksgruppentag am 16. April, in Forchheim waren alle im Landtag vertretenen Parteien eingeladen. In den Grußworten der Landtagsabgeordneten Nöth (CSU), Aures (SPD), Mayer (FW) und Hacker (FDP) fanden sich parteiübergreifend Zusagen über weitere Verbesserungsschritte im Polizeibereich wieder. Die sich in den nächsten drei Jahren verstärkende Personalkrise war eines der Kernthemen im Referat von Herrn Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß, trotzdem sieht er aber in der

Aufrechterhaltung des durchgängigen Schichtdienstes auch in kleinen Dienststellen ein absolutes Muss. So gehört die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten für den Nachtdienst zur Strategie des Bayerischen Innenministeriums um mit finanziellen Anreizen

diesen schweren Dienst attraktiver zu machen. Auch eine alte GdP-Forderung will das Innenministerium zukünftig angehen, nämlich die Etablierung von Diensten, denen bisher nur auf Abordnungsbasis Personal zugeteilt wurde.



Die neu gewählte Vorstand der BG Oberfranken

Die vom Referenten gefürchtete Gegenrede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Schall hatte aber eher moderate Töne, weil die meisten Forderungen der GdP auch im Innenministerium auf offene Ohren stoßen und eher an der Finanzierung scheitern. Aber die von

Peter Schall deutlich vorgetragenen Forderungen der Gewerkschaft der Polizei die Wochenarbeitszeit wieder auf eine 40-Stunden-Woche zu reduzieren und die Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte bei 60 Jahren zu belassen, wenn 40 Jahre

Polizeidienst geleistet wurden, wird von der bayerischen Staatsregierung derzeit noch nicht unterstützt.

Der am Vormittag gewählte alte und neue Bezirksvorsitzende Peter Schneider trug sowohl bei seiner Begrüßung, als auch in seinem Schlusswort den Tenor der zuvor beratenen 16 Anträge vor. Außerdem ehrte er die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder und zollte ihnen Dank und Lob für ihre geleistete GdP-Arbeit. Die Signal-

Iduna-Versicherung beteiligte sich großzügig an den Veranstaltungskosten und sorgte mit ihren kleinen Geschenken, besonders aber mit ihrem Gewinnspiel für viel Freude. Auch die kleinen Präsenten des Sozialwerks fanden Gefallen.



Bayern beim GdP-Verkehrsforum gut vertreten

Potsdam - (gdp) Am 28./29.04.09 veranstaltete die GdP (Bund) ihr zweites Verkehrsforum unter dem Motto „Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination?“ in Potsdam. Aus Bayern waren insgesamt 9 Teilnehmer dabei (s. Fotos). Nach Begrüßung und drei Impulsreferaten ging es in die vier Arbeitskreise. AK I diskutierte darüber, welche Schwerpunkte in der verkehrspolizeilichen Überwachung

die Punkte, die für ein allgemeines Tempolimit sprechen. AK III diskutierte, wie der Verkehrsüberlastung begegnet werden kann. Auch hier ist die Verkehrspolizei mit ihrer Aufgabenerfüllung gefordert, durch Verkehrsüberwachung vermiedene Unfälle sind auch vermiedene Staus. Primär sind jedoch die Straßenbehörden gefragt beim Ausbau von bekannten Problempunkten sowie beim Baustellenmanagement. Schließlich ging es im AK



Die bayerischen Teilnehmer kamen u..a. aus Niederbayern

gesetzt werden sollen. Einigkeit bestand über die vom EU-Weißbuch vorgegebenen Themen Alkohol, Geschwindigkeit und Gurt. Aber auch eine effiziente Kontrolle des Schwerverkehrs sowie der Radfahrer im Innenstadtbereich wurden von den Diskutanten als notwendig erachtet, um die gewünschte Reduzierung der Verkehrskosten in der EU um die Hälfte bis 2010 zu erreichen.

AK II befasste sich mit dem Für und Wider zur Einführung eines allgemeinen Tempolimits. Wie in der Gesellschaft auch gab es hier zwei nahezu unversöhnliche Lager, da es eben doch ein emotionales Thema ist. Neben der „Freude am Fahren“ sind ganz sachlich betrachtet natürlich Verkehrssicherheitsaspekte (insbes. Schwere des Unfalls), aber eben auch 9 % Ersparnis beim Spritverbrauch, was zugleich ca. 3 Mio. Tonnen CO₂ erspart,

IV um die Weiterentwicklung des Verkehrspolitischen Programms der GdP. Dazu diente dann auch die Zusammenfassung der erarbeiteten AG-Ergebnisse. Hauptforderungen der GdP für die poli-

zeiliche Arbeit sind die Einführung der Halterhaftung, die EU-weite Vollstreckung der erkannten Verstöße (gerade auf den BAB sind ein Drittel der Verkehrs-sünder Ausländer, die bis dato im Regelfall ohne Ahndung davonkommen) und als Hauptforderung: Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallaufnahme sind hoheitliche Aufgaben, für die dann auch ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen ist. Daneben gilt es natürlich auch, Fachwissen durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen zu erreichen und zu erhalten.

Die hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion am nächsten Tag diskutierte insbesondere über Möglichkeiten zur Verlagerung und zur Optimierung von Transporten. Schwerverkehrsbelastungen an der DTV von 30 bis 38 % bestätigen das, was der Autofahrer jeden

Tag selbst feststellt. Die rechte Spur und bei dreispurigen BAB auch oft die zweite Fahrspur sind mit LKW belegt. Zudem stellen Polizeidienststellen bei der Auswertung von Schwerverkehrsunfällen fest, dass die LKW-Fahrer gerade bei den schweren VU bis zu 70 % als Verursacher erfasst werden. Hier ist durch entsprechende Fahrerausbildung, aber eben auch durch effiziente Kontrollen eine Trendumkehr dringend nötig. Dringend notwendig sind dabei auch die Einführung von Fahrerassistenzsystemen, hier insbesondere der Brems- und Notbremsassistent zur Vermeidung von Auffahrunfällen bzw. deren Folgen, aber auch sog. Spurhalteassistenten-Systeme. Eine freiwillige Selbstverpflichtung wie bislang reicht dazu allerdings nicht aus. In Anbetracht der hohen Unfallfolgekosten sollte es eigentlich aus wirtschaftlicher Sicht keine Gegenargumente mehr geben, so das Fazit dieser Diskussion.

Seitens des Umweltschutzes ist auch unbedingt die Umlage der durch den Schwerverkehr verursachten Gesamtkosten nötig, so wäre eine Lkw-Maut wie bereits in der Schweiz bestehend mit 45 ct/km das absolute Minimum. Nur bei Umlage aller Kosten auf den verursachenden Transport würden sinnlose Verkehre vermieden und mehr regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen.

Insgesamt wurde festgestellt, dass zwar derzeit durch die Wirtschaftskrise bedingt eine gewisse Entlastung auf den Fernstraßen stattgefunden hat, aber die geforderte Mobilität der Arbeitnehmer führt dazu, dass 75 % der Pendler mit dem eigenen Pkw zur Arbeit fahren. Da auch die fossilen Treibstoffe endlich sind und die Abgase die Umwelt entsprechend belasten, ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hier Maßnahmen zum Erhalt der Mobilität zu entwickeln. Fahrzeugtechnik,



**90-jähriger Geburtstag -
seit 1960 Mitglied in der GdP**

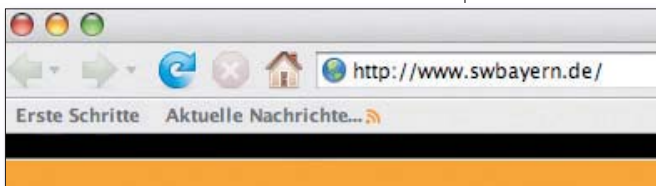
Fortsetzung von Seite 4

Verkehrsführung und Ausbau der Straßen, sinnvolles Baustellenmanagement und auch Überprüfung der bisherigen Verhaltensweisen (Transportoptimierung, Fahrgemeinschaften, etc.) sind notwendig, damit auch in Zukunft ein mobiles Leben möglich ist. In Anbetracht einer alternden Gesellschaft sind dazu auch spezielle Maßnahmen für ältere Verkehrsteilnehmer notwendig. Die GdP wird ihr Verkehrspolitisches Konzept mit den Ergebnissen dieser Veranstaltung fortschreiben. (PSch)



Am 18.03.2009 feierte Josef Buckeley, vor seiner Pensionierung Innendienstleiter bei der PI Bad Kötzing, seinen 90. Geburtstag. Josef Buckeley ist seit 1960 Mitglied in der GdP und auch nach seiner Pensionierung immer treues GdP Mitglied geblieben. Gratulanten waren Bgm. Wolfgang Ludwig (Stadt Bad Kötzing), Ingeborg Becker (Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Bad Kötzing, Erich Babl (Leiter der PI Bad Kötzing), Reinhard Treitinger (stellv. Vors. der KG Cham) und Heinrich Schweiger (Kassier der KG Cham).

**Onlineshopping:
www.swbayern.de** **%**



Mehr Angebote, maximale Benutzerfreundlichkeit und noch mehr Vorteile für Mitglieder der GdP!

Erfüllen Sie sich Ihre Wünsche zu besonders günstigen Konditionen über **neue Bestell- und Kommunikationswege**.

Wenn Sie über Neuerungen und besonders preisgünstige Angebote informiert werden möchten, **tragen Sie Ihre E-Mailadresse in unser Newslettersystem ein**.

- SW-Touristik
- SW-Auto
- SW-Mobilfunk
- SW-Medical
- SW-Shop
- SW-Veranstaltungen
- SW-Gruppenreisen
- SW-Versicherung / Altersvorsorge



**Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern
GmbH**

Hansastraße 17/1
80686 München
Tel. 089 / 57 83 88 28
Fax 089 / 57 83 88 23
Mail info@swbayern.de
www.swbayern.de

**Mit dem SW-Newsletter immer gut informiert. Gleich eintragen!
www.swbayern.de > newsletter**

**VITAWARE.DE -
die Internetapotheke** **-20%**

Günstiger online kaufen - bequem und sicher - für Mitglieder des Sozialwerks der GdP auf alle nicht verschreibungspflichtigen Produkte



**Gesundheit ist
der größte Reichtum**



**Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern
GmbH**

**Bestellung unter: www.swbayern.de
> Günstig einkaufen > Vitaware**

Hansastraße 17/1
80686 München
Tel. 089 / 57 83 88 02
Fax 089 / 57 83 88 28
Mail info@swbayern.de
www.swbayern.de